



Deutsche Umwelthilfe

GasWende



German
Zero



Umweltinstitut
München e.V.

Berlin, 15. Juli 2026

Offener Brief an die Bundesregierung

Wärmewende nicht ausbremsen – Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gemeinsam sichern

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Reiche,

Sehr geehrter Herr Bundesminister Klingbeil,

Sehr geehrter Herr Bundesminister Frei,

mit großer Sorge verfolgen wir die aktuellen Entscheidungen Ihrer Politik im Gebäudesektor. Besonders alarmierend ist, dass nun auch die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) als zweite tragende Säule der Transformation im Gebäudesektor erheblich beschnitten werden soll. Mit dem verabschiedeten Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) haben Sie vergangene Woche bereits weitreichende klimapolitische Rückschritte eingeleitet. Statt den dringend notwendigen Transformationsprozess zu beschleunigen und Planungs- sowie Rechtssicherheit für Bürgerinnen und Bürger, Kommunen sowie Unternehmen zu schaffen, werden so beide zentralen Instrumente der Wärmewende geschwächt. **Wir ersuchen Sie deshalb, die Wärmewende anzukurbeln und einen sozialen Klimaschutz im Gebäudesektor zu ermöglichen.**

Die BEG sichert vielen Haushalten den Wechsel zu einer bezahlbaren Wärmeversorgung und entlastet sie so nachhaltig. Insbesondere Menschen mit geringen und mittleren Einkommen sind auf verlässliche und ausreichend ausgestattete Förderinstrumente angewiesen. Trotz höherer Boni für untere Einkommensgruppen soll das Fördervolumen in den kommenden Jahren um mehrere Milliarden Euro sinken. Dies hat fatale Folgen für den Klimaschutz sowie für Haushalte und Unternehmen und gefährdet die Wärmewende. Das Fördervolumen sollte daher steigen und nicht sinken.

Mit großem Unverständnis nehmen wir zudem zur Kenntnis, dass die Bundesregierung ein Konsultationsverfahren zur Weiterentwicklung der BEG erst nach den Beschlüssen im Haushaltsausschuss eingeleitet hat. Dabei haben Sie darauf verzichtet, Umweltverbände als wesentliche Akteure des gesellschaftlichen Diskurses zu beteiligen. Eine erfolgreiche Wärmewende braucht gesellschaftliche Akzeptanz. Diese entsteht, indem zentrale zivilgesellschaftliche Akteure einbezogen werden sowie durch einen offenen, partizipativen Dialog und eine Politik, die Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gemeinsam umsetzt.

Wir fordern Sie deshalb auf,

- die geplanten Kürzungen des Fördervolumens der BEG zurückzunehmen und eine langfristig verlässliche sowie ausreichend ausgestattete Förderung sicherzustellen;
- die Wärmewende als zentrales klimapolitisches Vorhaben konsequent zu stärken, statt ihre tragenden Säulen zu schwächen;
- Umweltverbände in weitere Konsultationsprozesse einzubeziehen und einen echten, transparenten Dialog über die zukünftige Ausgestaltung der Wärmewende in Deutschland zu führen.

Deutschland wird seine Klimaziele nur erreichen, wenn die Transformation des Gebäudesektors entschlossen, sozial gerecht und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft gestaltet wird. Dafür braucht es seitens politischer Entscheidungsträger*innen Verlässlichkeit, ambitionierte Förderinstrumente und die Bereitschaft, unterschiedliche gesellschaftliche Perspektiven ernst zu nehmen.